

Sieben Jahre Haft für zwei Reporter in Burma

Die burmesische Justiz entscheidet sich für die Militärs und gegen die Pressefreiheit

Die Regierung von Aung San Suu Kyi und die burmesischen Militärs stehen wegen der Rohingya-Krise in der Kritik. Da sind Journalisten, die sich des Themas annehmen, unerwünscht. Das harte Urteil ist eine Warnung an sie.

EVA HIRSCHI, RANGUN,
MANFRED RIST, BANGKOK

Bereits zwei Stunden vor der Urteilsverkündung versammelt sich die Menschenmenge vor dem Gericht in Rangun. An die 200 Personen sind gekommen; lokale Journalisten, ausländische Korrespondenten, Fotografen und Videoreporter, aber auch Juristen, Diplomaten und Botschafter sowie Vertreter verschiedener NGO und der Uno. Einige Personen tragen T-Shirts mit dem Aufdruck «Journalismus ist kein Verbrechen» oder «Freiheit für Wa Lone und Kyaw Soe Oo». Die internationale Aufmerksamkeit rund um den Fall der zwei burmesischen Reuters-Reporter Kyaw Soe Oo (28) und Wa Lone (32) ist gross: Die Urteilsverkündung gilt als Gradmesser für Burmas Pressefreiheit und dafür, ob sich das Land in Richtung Demokratie entwickelt.

Regierung unter Druck

Das Verdikt kommt zu einer Zeit, in der die burmesische Regierung in scharfer internationaler Kritik steht. Vergangene Woche veröffentlichte die Uno einen Untersuchungsbericht über die Verfolgung von Minderheiten und über die Vertreibungspolitik der burmesischen Streitkräfte, der an Deutlichkeit und Anklagen nichts zu wünschen übrig lässt. Nicht nur die Generäle, die in Burma gemäss der Verfassung an der Regierung beteiligt sind, werden dabei für Greuelthaten verantwortlich gemacht. Die Uno-Menschenrechtsexperten fordern, dass die Verantwortlichen vor ein internationales Tribunal gestellt werden. Auch Aung San Suu Kyi, die inoffiziell das Amt der Staats- und Regierungschefin bekleidet, sieht die Uno-Kommission in der Verantwortung. Dass Burmas Führung unter Beobachtung steht, verstärkt das ohnehin grosse Interesse am Fall.

Rund um den Tisch, an welchem die Anwesenden sich registrieren lassen müssen, stehen Barrieren, die mit rosti-



Der Reuters-Reporter Kyaw Soe Oo wird nach der Urteilsverkündung aus dem Gerichtssaal abgeführt.

LYNN BO BO / EPA

gem Stacheldraht umwickelt sind. Fast beschleicht einen das Gefühl, selber zu den Angeklagten zu gehören. Die Stimmung ist angespannt. Dann werden endlich die Schwingtüren geöffnet. Um die 60 Leute strömen in den kleinen Gerichtssaal, nehmen dicht gedrängt auf Holzbänken und bunten Plastikstühlen Platz. Der Raum wirkt kümmerlich; die Farbe blättert von den schmutzigen Wänden, an den Gittern vor den kleinen Fenstern haben sich Vögel eingenistet, ein Spatz fliegt eine Runde durch den Raum. Die alten Ventilatoren brummen lauter, als die Journalisten murmeln. Man fühlt sich fast in die Zeit zurückversetzt, aus welcher das Gesetz wegen Verrats von Staatsgeheimnissen, auf das sich die Anklage stützt, ursprünglich stammt: aus der Kolonialzeit Grossbritanniens, genauer aus dem Jahr 1923.

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi schweigt zur Justiz-Farce gegen die beiden Reporter genauso, wie sie sich kaum je zum Elend der muslimischen Minderheit der Rohingya äussert. Die

Gesetze des Landes müssten respektiert werden, sagte Suu Kyi kürzlich in Bezug auf die Reuters-Journalisten. Damit meinte sie offenbar implizit auch das Gesetz von 1923. Erlassen hatten es die Briten zur Absicherung ihrer Herrschaft in Burma – jener Ordnung also, gegen die ihr Vater, General Aung San, ein Leben lang kämpfte.

Warnung an Journalisten

Die zwei angeklagten Reporter werden in den Raum geführt, in Handschellen, von Polizisten umringt. Wa Lone lächelt tapfer und hält beide Daumen in die Höhe. Das ist sein Markenzeichen. Es bedeutet: «Ich habe keine Angst, alles kommt gut.» Auch die Familien der Angeklagten sind da. Dann beginnt der Richter, die Begründung vorzulesen. Über eine Stunde lang. Fragen sind keine erlaubt, niemand unterbricht. Dann auf einmal: ein Stromausfall. Die Luft im Raum wird immer stickiger, nicht nur wegen der verstummten Ventilatoren.

Die Spannung ist geradezu mit Händen zu greifen.

Schliesslich das Urteil: sieben Jahre Haft. Die Mutter von Kyaw Soe Oo schluchzt auf, die Verwandten versuchen sie zu beruhigen. Der Schock steht auch allen anderen Anwesenden ins Gesicht geschrieben, es herrscht bedrücktes Schweigen. Wa Lone, von Polizisten umringt, dreht sich zu den Journalisten im Saal: «Ich habe nichts Falsches getan. Ich habe keine Angst. Ich glaube an Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit.» Auch Kyaw Soe Oo spricht in die Mikrofone und wendet sich an die Regierung: «Ihr könnt uns ins Gefängnis stecken, aber verschliesst den Menschen die Augen und Ohren nicht.» Es ist eine Botschaft nicht nur an die Politiker, sondern auch an die Journalisten. Dieses Urteil hat viele im Herz getroffen – aber auch darin bestärkt, ihre Arbeit beherzt weiter auszuüben.

Doch die Journalisten wissen einmal mehr, was ihnen blüht, wenn sie sich mit heiklen Themen befassen. Seit vergange-

nem Jahr sind in Burma mindestens elf Journalisten verhaftet worden. Das harte Urteil ist eine offensichtliche Warnung an sie. Denn die Reuters-Journalisten recherchierten zu einem Massaker gegen Rohingya; was sie herausfanden, unterstützt die Erkenntnisse der Uno-Kommission. Wa Lone und Kyaw Soe Oo deckten einen Fall auf, in dem im September 2017 im Dorf Inn Din zehn Männer von Soldaten zusammengetrieben, gefesselt, malträtiert und anschliessend erschossen wurden. Von der Greuelthat existieren Bilder und Videoaufnahmen. Auch hat die burmesische Armee die Tötungen inzwischen zugegeben.

Hinterhältiger Trick

Trotzdem kommen nicht die verantwortlichen Militärs hinter Gitter, sondern die Journalisten, die die Geschichte aufgedeckt haben. Alles deutet darauf hin, dass die beiden Reporter mit einem hinterhältigen Trick ins Gefängnis gebracht wurden. Im Dezember hängten ihnen zwei Polizisten Dokumente aus – noch in der gleichen Nacht wurden Wa Lone und Kyaw Soe Oo verhaftet. Einer der Polizisten räumt kurz nach Festnahme der beiden Reporter ein, dass sie in höherem Auftrag gehandelt hätten.

Die internationale Reaktion auf das Gerichtsurteil ist deutlich: Reuters-Chefredaktor Stephen Adler bezeichnete die Verurteilung der Journalisten als «schweren Rückschlag auf Burmas Weg zur Demokratie». Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sprach von einem «Rückfall zur Unterdrückung von Medien wie zu Zeiten der Militärrherrschaft».

Wie frei die Richter im vorliegenden Fall waren, ist schwer zu beurteilen. Doch der Machtapparat der Militärs, die trotz der demokratischen Öffnung vollumfänglich für die innere Sicherheit zuständig sind, lässt kaum Dissens zu. Die Hoffnungen, die nach den freien Wahlen von 2015 aufkamen, sind in wesentlichen Punkten wie dem Schutz der Minderheiten oder betreffend Pressefreiheit zerstört. Selbst aus den Reihen der demokratisch legitimierten Regierungspartei National League for Democracy – die jahrelang gegen die Militärrherrschaft gekämpft hatte – verläutet diesbezüglich keine offene Kritik mehr. Mit dem Urteil festigt sich der Eindruck, dass sich die burmesischen Machthaber in alter Manier einigeln und internationale Kritik in den Wind schlagen.

Irakische Politiker stellen sich gegenüber ihren Wählern taub

Das Parlament scheitert an der ersten Hürde für die Regierungsbildung

INGA ROGG, ISTANBUL

Ein Anschlag versprengter Kämpfer der Extremisten des Islamischen Staats (IS) hat in der Nähe von Kirkuk am Montag mindestens sieben Tote gefordert. Nach Angaben von Sicherheitskräften überfielen die Extremisten ein Dorf im Südwesten der Erdölmetropole und erschossen die Zivilisten. Im Dezember hatte der amtierende Ministerpräsident Haider al-Abadi den Sieg über den IS erklärt. In der Region um das zwischen Arabern und Kurden umstrittene Kirkuk halten sich jedoch hartnäckig IS-Kämpfer. In den letzten Monaten haben sie eine Serie von Entführungen und Morde verübt.

Streit um Mehrheiten

Zwar ist es dem IS bisher nicht gelungen, das Land mit einer neuen Gewaltwelle zu überziehen. Doch die Gefahr ist gross, dass die Extremisten das politische Vakuum nutzen, um sich neu zu formieren. Derzeit sieht es nicht danach aus, als würde das Vakuum bald gefüllt.

Am 12. Mai hatten die Iraker ein neues Parlament gewählt. In den Monaten, die seitdem ins Land gegangen sind, haben sich die verschiedenen Fraktionen

um das Wahlergebnis gestritten und vor dem höchsten Gericht eine partielle Nachzählung durchgesetzt. Von einer minimalen Verschiebung in der Sitzverteilung unter kurdischen Parteien abgesehen, änderte die Nachzählung am Endergebnis freilich nichts. Am Montag trafen sich die frischgebackenen Abgeordneten endlich zur konstituierenden Sitzung, zeigten bei ihrer eigentlichen Aufgabe indes keine Eile.

Mit dem Zusammentritt des Parlaments tritt im Irak ein Prozess in Kraft, der den Ablauf für die Regierungsbildung regelt. Die Krux dabei ist, dass es gemäss der Verfassung in verschiedenen Schritten unterschiedliche Mehrheiten braucht, die angesichts der Zersplitterung der Parteienlandschaft schwer zu erreichen sind. Damit wollten die Autoren der Verfassung sicherstellen, dass im Irak nie wieder eine Minderheit über die Mehrheit regiert und die grossen wie die kleinen Bevölkerungsgruppen – allen voran arabische Schiiten und Sunniten sowie Kurden – einen Konsens finden. Die Kehrseite davon ist ein System, in dem es weniger um politische Programme geht als darum, wer welchen Posten bekommt, um diesen für die eigene Bereicherung und die Bevorteilung der eigenen Klientel zu nutzen.

Der erste Schritt auf dem Weg zur Regierungsbildung ist die Wahl des Parlamentspräsidenten und seiner beiden Stellvertreter, wofür die absolute Mehrheit von 165 der 329 Stimmen nötig ist. Danach muss das Parlament innerhalb der folgenden 30 Tage mit mindestens einer Zweidrittelmehrheit den Präsidenten



Haider al-Abadi
Amtierender
Ministerpräsident

Nuri al-Maliki
Ehemaliger
Ministerpräsident

ten und seine Stellvertreter wählen, der dann dem Chef des grössten Blocks den Regierungsauftrag erteilt. An der Frage, wer den grössten Block hinter sich weiss, schieden sich am Montag die Geister.

Am Sonntagabend hatten Haider al-Abadis Nasr-Allianz (42 Sitze) und die Liste Sairun (54 Sitze) des schillernden

schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr behauptet, sie hätten mit sunnitischen Bündnissen und mehreren kleineren schiitischen Parteien einen solchen Block gebildet, der auf knapp 180 Sitze komme – genug also, um das Parlamentspräsidium zu wählen. Doch Abadis Erzrivalen – die Fatah-Allianz von schiitischen Milizionären um Hadi al-Ameri (48 Sitze) und die Liste des ehemaligen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki (25 Sitze) – bestritten Abadis Angaben und machten ihrerseits geltend, mit weiteren Parteien den grössten Block zu bilden. Unterfüttert wurde die Behauptung durch die Gerüchte über eine Spaltung innerhalb der von Abadi angeführten Nasr-Allianz.

Wähler müssen warten

Eine Abstimmung hätte Klarheit bringen können. Doch dazu kam es nicht. Angeführt von Ameri und Maliki, verliessen die Abadi-Kontrahenten den Plenarsaal, ihnen schlossen sich die Abgeordneten der beiden grössten kurdischen Parteien an, so dass am Ende das nötige Quorum für die Abstimmung nicht zustande kam. Die Entscheidung darüber, welche der Fraktionen nun tatsächlich den «grössten Block» bilden, soll das höchste Ge-

richt fällen. Alterspräsident Mohammed Ali Zaini erklärte die Sitzung zur «offenen Sitzung», sie soll am Dienstag fortgesetzt werden. Mit einem ähnlichen Verfahrenstrick hatten die Fraktionen des Iraks vor Jahren schon einmal die Verfassungsregeln ausser Kraft gesetzt und monatelang um eine Regierung gefeilscht. Viele Iraker sind des Geschachers überdrüssig, bei dem im Hintergrund auch die konkurrierenden ausländischen Mächte – Amerikaner, Iraner, Türken und Saudi – mitmischen. Das haben sie mit ihrer rekordtiefen Wahlbeteiligung von gut 44 Prozent deutlich gemacht. Zwar gefallen sich sowohl Abadi wie seine Konkurrenten in wohlklingenden Versprechungen, aber keiner scheint Lehren aus dem Fernbleiben der Wähler von den Urnen zu ziehen.

Dabei versucht nicht nur der IS, das Vakuum zu nutzen. Im nordirakischen Mosul und in den westirakischen Städten Ramadi und Falluja warten die Wähler darauf, dass nach dem Sieg über die Extremisten der Wiederaufbau endlich in Gang kommt. Im südirakischen Basra, dem Zentrum der irakischen Ölproduktion, wird seit Wochen gegen die katastrophalen Zustände in der Wasser- und Stromversorgung demonstriert.